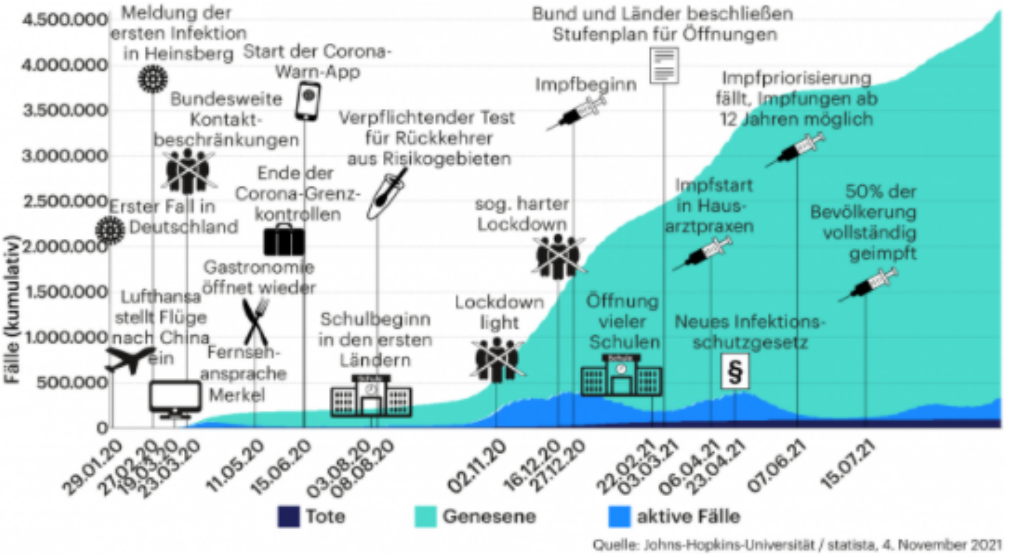
5. November 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Mit Stimmen zu den stockenden Koalitionsverhandlungen und dem BGH-Urteil zu Geldstrafen für Fußballvereine wegen störender Fans.



Die Corona-Neuinfektionen haben einen neuen Höchststand erreicht. (Deutschlandradio / Andrea Kampmann)

Zunächst geht es aber um die Corona-Lage – gestern wurden so viele Neuinfektionen gemeldet wie noch nie an einem Tag. „Auf diesen Rekord kann wahrlich niemand stolz sein", heißt es in den **BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN** aus Karlsruhe: „Was das für die Krankenhäuser bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. In zwei Wochen werden die Intensivstationen erneut aus allen Nähten platzen. Wie konnte es so weit kommen? Am Ende des zweiten Pandemiejahres sollten eigentlich genügend Wissen und Erfahrung vorhanden sein, wie eine Pandemie erfolgreich zu bekämpfen ist. Doch der Wunsch nach einer schnellen Rückkehr zum normalen Leben war groß, zu groß wie sich nun zeigt. Man glaubte, das Schlimmste überstanden zu haben. Ein Irrtum, wie sich nun zeigt. Der Politik gehen die Mittel aus. Da es weder eine Impfpflicht noch einen erneuten flächendeckenden Lockdown geben wird, ist eine strikte 2G-Regelung eine Option, also ein Teillockdown für Ungeimpfte", notieren die **BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN**.

Die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte. „Gewiss ist es wichtig, dass sich möglichst viele impfen lassen. Über Ausgrenzung und Diffamierung wird das aber kaum zu erreichen sein. Wichtig ist, alles in Frage stellen zu dürfen und die Folgen gemeinsam zu besprechen, auch 2G. Zwar lässt sich das Argument, auf diese Weise schütze man Ungeimpfte vor Ansteckung, nicht von der Hand weisen. Doch sie werden damit eben auch von Teilhabe in vielen Bereichen ausgeschlossen. Auch können ungetestete Geimpfte so das Virus untereinander unbemerkt verbreiten und es später womöglich an Menschen weitergeben, die nicht ausreichend geschützt

später womöglich an Menschen weitergeben, die nicht ausreichend geschützt sind. Ganz sicher ein Fehler war das Ende kostenloser Tests und auch der weitgehende Verzicht auf das Testen von Geimpften", stellt die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** klar.

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** verweist auf Versäumisse beim Schutz der Risikogruppen: „Es ist eigentlich nicht zu fassen, dass es der Politik nach zwanzig Monaten Pandemie und trotz riesiger Vorräte an Impfstoff nicht gelingt, die besonders gefährdete Gruppe der älteren Menschen wirksam vor schwerer Erkrankung und Tod durch das Coronavirus zu schützen. Schon in der ersten Infektionswelle in Alten- und Pflegeheimen starben wegen fehlender oder versäumter Pflichttests von Besuchern und Personal Tausende Bewohner einen oft qualvollen und einsamen Tod. Dabei hatten Virologen im Sommer davor gewarnt, dass es zu einer Pandemie der Ungeimpften kommen werde. Dazu gehört auch, dass trotz aller Appelle und Aufklärung immer noch viel zu viele Pflegekräfte nicht geimpft sind. Sie gefährden auch bei täglicher Testung Gesundheit und Leben der ihnen anvertrauten Menschen", vermerkt die **F.A.Z**.

Zu einem ähnlichen Urteil kommt die **LEIPZIGER VOLKSZEITUNG**: „Die Tragödien wiederholen sich, wie schon im vorigen Jahr. Anders als zu Beginn der Pandemie wären zahlreiche Opfer heute jedoch vermeidbar. Sie bezahlen mit ihrer Existenz, weil Pflegekräfte nicht geimpft sind."

Der **REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER** findet die Forderung nach einer Impfpflicht für Beschäftigte in Pflegeheimen nachvollziehbar, gibt aber zu bedenken: „Betreiber der Pflegeheime stellen sich gegen den Vorstoß. Hinzu kommt die Angst, eine Impfpflicht könnte eine Kündigungswelle unter den Beschäftigten auslösen und somit den Pflegenotstand vergrößern. Außerdem sind auch Geimpfte als Infektionsträger nicht auszuschließen. Dennoch führt wahrscheinlich kein Weg an der Impfpflicht vorbei. Testen war eine Alternative, als es noch keinen Impfstoff gab. Wirkliche Sicherheit geben aber nur PCR-Tests, die für den Pflegealltag nicht praktikabel sind. Die Politik muss also schnell handeln. Bei den Bewohnern von Pflegeheimen geht es in dieser Frage schließlich um Leben und Tod", betont der **REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER**.

Zu einem anderen Thema. Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** kommentiert die offenbar ins Stocken geratenen Koalitionsverhandlungen: „Etwas mehr als einen Monat hat er gedauert, der Flirt zwischen SPD, Grünen und FDP. Dass die Grünen jetzt die Bremse ziehen müssen, haben sie sich allerdings auch selbst zu verdanken. Ja, die SPD mag noch nachlegen müssen, etwa beim Klimaschutz. Und ja, die FDP mag sich etwas zu früh gefreut haben über allerlei Verhandlungserfolge. Aber auch die Grünen müssen sich fragen lassen, ob ihre Strategie nicht gefährlich gutgläubig war. Denn der Charmeoffensive, mit der sie die Liberalen für Sondierungen gewonnen haben, ist ein streckenweise windiges Sondierungspapier gefolgt. Ausgerechnet an den für die Grünen schwierigsten Punkten wie Klima und Finanzen fehlen Zahlen und verbindliche Zielmarken. Man werde das später alles reinschreiben, hieß es. Das hat sich wohl als illusorisch erwiesen. Die Konsequenz, die die Partei sich am Anfang erspart hat, soll nun nachgetragen werden. Umgekehrt wäre es klüger gewesen", meint die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG**.

Nach Ansicht des Berliner TAGESSPIEGELS haben die Grünen einen strategischen Nachteil: „Eine Veränderung durchzusetzen ist schwerer als den Status Quo zu

Nachteil: „Eine Veränderung durchzusetzen ist schwerer als den Status Quo zu erhalten. Glaubwürdig mit dem Abbruch der Verhandlungen drohen können die Grünen nicht. Sie können nur an SPD und FDP appellieren und sie öffentlich unter Druck setzen. SPD und FDP wären aber gut beraten, wenn sie nicht so tun, als wäre der Klimaschutz allein die Domäne der Grünen. Es geht schließlich auch darum, die Überhitzung der Erde zu verhindern. Hier aus Prinzip zu blockieren, würde am Ende alle teuer zu stehen kommen."

Laut einem Urteil des Bundesgerichtshofs darf der Deutsche Fußball-Bund auch in Zukunft Geldstrafen gegen Vereine verhängen, etwa wenn Fans Pyrotechnik im Stadion zünden. Die **BERLINER ZEITUNG** hält das für gerechtfertigt: „Viele Klubs brüsten sich gerne mit der tollen Stimmung im Stadion, wo oft eher die Atmosphäre die Zuschauer anlockt als die hochklassigen Darbietungen auf dem Rasen. Da gehören Bengalo-Fackeln für viele offenbar dazu. Weil das auch die Klubs insgeheim gar nicht so schlecht finden, stellt man gerne günstig Fans als Ordner an, die andere Fans nur halbherzig nach Mitbringseln abtasten. Wie wollen die Vereine da ernsthaft einzelne Verursacher identifizieren und die Strafen an sie weiterreichen? Die Klubs sollten eher aufpassen, den Bogen nicht zu überspannen. Sie sind es schließlich, die ihre Fans zu Spielen herbeirufen und deshalb auch mit Verantwortung für die Sicherheit tragen. Stattdessen schreitet dort oft die Polizei ein, wenn es ernst wird. Alles auf Kosten der Steuerzahler. Warum zahlen die Vereine das nicht selbst? Weil sie dann deutlich professionellere und teurere Ordner bräuchten", vermutet die **BERLINER ZEITUNG**.

Die **SÜDWEST-PRESSE** aus Ulm bemerkt: „Die Argumentation der Richter, es handle sich dabei nicht um eine Strafe, sondern um eine präventive Maßnahme, welche die Vereine dazu bewegen soll, alles zu tun, um Störungen zu vermeiden, überrascht. Eine präventive Wirkung war bislang jedenfalls nicht zu erkennen. Statt Bußgelder zu kassieren, sollte der DFB den Vereinen vielmehr die Auflage machen, die Summe vor Ort in präventive Maßnahmen zu stecken."

Die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** bezweifelt, dass die Karlsruher Entscheidung zielführend ist: „Der DFB überträgt den Vereinen die Verantwortung für ein Fehlverhalten seiner Fans, auf das die Clubs nur begrenzt Einfluss haben. Sicher ist, dass das Pyro-Problem so nicht gelöst wird. Vielleicht ist es an der Zeit, dabei neu anzusetzen und andere Wege zu suchen. Dabei darf man ruhig noch einmal nachdenken über Formen der Legalisierung. Wie machtlos die Vereine sind, spürt der DFB manchmal beim eigenen Pokalfinale, wenn dort Bengalos brennen." Mit diesem Kommentar aus der NEUEN OSNABRÜCKER ZEITUNG endet die Presseschau.

Deutschlandradio © 2009-2021

Deutschlandradio Datenschutz Hilfe Impressum Kontakt Presse

Partner ARD ZDF Phoenix arte Chronik der Mauer